

TOP: 13

Beschlussvorlage
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen
Federführendes Amt :allgemeine Verwaltung

Datum
16.06.2022

Drucksache-Nr.:01-73-2022

Beratungsfolge

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Stadtverordnetenversammlung	30.06.2022					

Betreff:

Beratung und Beschluss: Antrag UWG/LGU/SPD-Fraktion - Verhandlung Denkmalschutzbehörde - Nutzung von Photovoltaik- und Solaranlagen (Dach- und Fassadenanlagen) im Denkmalschutzbereich der Stadt Kremmen

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister mit der Denkmalschutzbehörde die Nutzung von Photovoltaik- und Solaranlagen (Dach- und Fassadenanlagen) im Denkmalschutzbereich der Stadt Kremmen (Satzung zum Schutz des Denkmalbereiches Alt Stadt Kremmen „§1 Räumlicher Geltungsbereich“) zu verhandeln und bis zum 01.12.2022 dem Bau-, Wirtschafts- und Umweltausschuss ein umsetzbares Konzept vorzulegen.

Beratungsergebnis:

Gremium:	Sitzung am:	TOP
----------	-------------	-----

Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja.....	Nein.....	Enthalt.....
-----------------	---------------	---------	-----------	--------------

Laut Vorlage.....	Abweichende Vorlage
-------------------	---------------------

eingbracht durch :Fraktion
Bearbeiter :

.....
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Problembeschreibung/Begründung

Durch die gestiegenen Energiepreise, vor allem bei fossilen Energieträgern, sind immer mehr Bürger gewillt, Ihre Dächer für Solaranlagen zur Stromerzeugung und zur Wärmeerzeugung zu nutzen. Des Weiteren führen Auflagen der Bauaufsichtsbehörden immer wieder zu Unverständnis bei unseren Bürgern, wenn dieses im Sanierungsgebiet alternative Energiequellen für Bauanträge nachweisen müssen. Dies ist jedoch in der Altstadt Kremmens nicht oder nur sehr begrenzt möglich. Von dieser Einschränkung sind alle Eigentümer im Sanierungsgebiet betroffen, auch die stadteigene WOBA. Daher ist es zwingend notwendig mit der Denkmalschutzbehörde von Seiten der Stadt zu verhandeln und eine verbindliche Richtlinie und Konzepte den Bürgern und auch der Woba mit an die Hand zu geben. Da die Preise auch in Zukunft weiter steigen werden ist es notwendig schnell zu handeln.